

Haushalt 2014

Am 17.12.13 legte die Bürgermeisterin dem Rat die Steuererhöhung für 2014 vor. Die Fakten hatten sich nicht geändert. Für die Steuererhöhung stimmten: Bürgermeisterin, CDU, Grüne, Unabhängige und von der SPD Herr Keß und Frau Weingart. Die CDU-Fraktion hatte im April noch gemeinsam mit MFN und FDP den Sanierungsplan wegen der unangemessenen Steuererhöhung abgelehnt. Danach hatte die CDU aufgefordert, gegen die vom Steuerkommissar verfügte Steuererhöhung zu klagen. Nun stimmte die CDU der noch höheren Steuererhöhung zu. Die Erfolgsaussicht für die noch nicht entschiedenen Klagen wird dadurch nicht verbessert. **Damit ist die CDU wieder auf ihrem alten Kurs: Hin und Her.** Einige Mitglieder stimmten "gegen ihre innere Überzeugung" zu, wie Herr Fischer, ihr Fraktionsvorsitzender, das nannte.

Wir erwarten von Ratsmitgliedern, dass sie entsprechend ihrer "inneren Überzeugung" abstimmen.

Anträge zum Haushalt

- Die CDU beantragte, den Trägerverein des Lehrschwimmbekens Embken aus der Spende der Sparkasse Düren zu unterstützen. Frau Zentis und Frau Göckemeyer wollten das nicht. Die CDU zog daraufhin ihren Antrag zurück (siehe oben).
- Die FDP beantragte, die Schließung eines Kinderspielplatzes in Schmidt aus dem Sanierungsplan zu streichen. Ein von ihrem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Hensch, wohl begründeter Antrag, den wir unterstützten. Die Nachbarschaft des Herrn Hensch, die sich für den Erhalt einsetzte, wird sich über den Erfolg freuen. Herr Hensch hatte sich in allen vorherigen Beratungen nie auch nur mit dem Hauch einer Silbe für den Erhalt von Spielplätzen ausgesprochen. Im Gegenteil: "In meiner Jugend gab es auch keine Spielplätze".
- Die Grünen kratzten einen Antrag zum Energiesparen in Schulen von der Festplatte, den sie 2004 gestellt hatten und der dann 2007 im Schulausschuss ohne Beschluss eingeschläfert wurde. Seitdem hatten sie ihn nicht weiterverfolgt.
- SPD und Unabhängige stellten keine Anträge.

Wir beantragten:

- die Verfügungsmittel der Bürgermeisterin von 1.818 € auf 500 € zu reduzieren.
- die Ausgaben für Zeitungen und Fachliteratur von rund 12.000 € schrittweise auf 3.000 € zu senken.
- die Ausgaben für Wirtschaftsprüfer ab 2015 (18.000 €) zu streichen.

Wir sind der Meinung:

- Wer keine Kandidaten hat, die in der Lage sind, Haushaltsabschlüsse zu prüfen, soll das vor der Wahl sagen.
- Wenn Bürger sich wegen steigender Steuern und Gebühren einschränken müssen, kann das auch von der Bürgermeisterin und der Verwaltung erwartet werden.

Die "Klarstellung" der Bürgermeisterin

Wir hatten in der letzten MFN-Info geschrieben: "Sie durfte rund 20.000 € als Repräsentationsaufwand für die 700 Jahr-Feier ausgeben." Die Bürgermeisterin antwortete im Amtsblatt: "Die gesamten Ausgaben für die 700 Jahrfeier ...wurden vollständig durch Spenden und Sponsoring gedeckt."

Unsere Nachfrage:

"Wir hatten unsere Information dem Gutachten des Herrn Hadel entnommen. Ist ihm ein Irrtum unterlaufen? In den drei öffentlichen Info-Veranstaltungen hat Herr Hadel mehrfach betont, dass sein Gutachten in enger Zusammenarbeit mit Ihnen und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung entstanden ist. Haben Sie Herrn Hadel und die Bezirksregierung, für die er das Gutachten erstellte, auf den "Irrtum" hingewiesen?" (zitiert aus Heinrich Esser an Bürgermeisterin vom 23.12.13)

Die Antwort der Bürgermeisterin:

"Tatsächlich sind die Ausführungen im Gutachten betreffend der Haushaltslage der Stadt Nideggen nicht ganz zutreffend. Eine Rückmeldung an Herrn Hadel als Gutachter erfolgt nicht, jedoch werden die Ergebnisse des Gutachters mit der oberen Kommunalaufsicht im Rahmen des permanenten Berichtswesens rückgekoppelt.

Die das Haushaltsjahr 2013 betreffenden Aussagen aus dem Gutachten wurden meinerseits bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und seitens der Bezirksregierung im Genehmigungsverfahren

berücksichtigt." (zitiert aus Bürgermeisterin an Heinrich Esser vom 14.01.14)

Alles klar? Wenn nicht, dann müssen Sie eben "rückkoppeln" (m.goeckemeyer@nideggen.de).

Der Schaukampf um die Kreisumlage

Alle Bürgermeister des Kreises hatten einen gemeinsamen schwungvollen Angriff zur Senkung der Umlagen gestartet und eifrig für reichlich Berichterstattung gesorgt. Ergebnis: Ein einzelnes Projekt wurde im Kreishaushalt gestrichen. Das bringt 3 Jahre lang eine Einsparung von 10.000 € im Kreis. Für Nideggen können sich die Umlagezahlungen um ca. 385 € (von 6,8 Mio. €) verringern.

Unsere Akteneinsicht brachte es an den Tag:

- Am 24.08.13 erklärte die Bürgermeisterin die Zustimmung der Stadt zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Kreuzau. Damit werden beiderseits von Thum 200 m hohe Windräder unmittelbar an die Stadtgrenze gestellt. **Dazu war sie nicht befugt**, sie hätte den Rat fragen müssen. Sie hat ihn nicht einmal informiert.
- In **einmaliger** Einmütigkeit hatte sich der Rat zweimal mit dem gleichen Sachverhalt befasst und beide Male einstimmig beschlossen: Er lehnte die Zustimmung zu einem Bauantrag ab, mit dem sich ein Windkraft-Betreiber um die kostspielige Entsorgung seiner Windkraftruine durch Umbau zum Mobilfunkmast drücken wollte. Der Rat sah den Grundsatz "zulässige Vorhaben sind in einer flächensparenden, die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzenden und den Außenbereich schonenden Weise auszuführen" (§ 35 Abs. 5 BauGB) verletzt. Dem Kreis wurde dieses Argument nicht mitgeteilt. Er genehmigte das Mobilfunkmonster. **Der Rat wurde nicht informiert.**



Merkwürdigkeiten bei der Windkraft-Planung

- Die "**geheime**" Zustimmung zu den Kreuzauer Windkraft-Plänen durch die dafür nicht zuständige Bürgermeisterin.
- Die hartnäckige Weigerung der Bürgermeisterin, die beabsichtigte Vorgehensweise zur Reihenfolge der Beratung und Beschlussfassung der zuständigen Gremien offen zu legen. Wir hatten das bereits am 23.04.13 beantragt.
- Der hilflose Versuch der Bürgermeisterin, die von uns beantragte Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 10.12.13 zu diesem Thema verhindern zu können. Sie behauptete, dem stünde ein Beschluss des Bauausschusses entgegen. Den gab es nicht.
- In der Sitzung erregte sie sich dann so über unseren Antrag auf weitere Windräder zu verzichten, dass sie von "Vertragsbruch" sprach. Frau Weingart (SPD) stimmte gegen unseren Antrag und erkundigte sich **danach**, was mit Vertragsbruch gemeint war. Nun hatte Frau Göckemeyer das gar nicht so gemeint.

Kein Wunder, dass sich Gegner dieser seltsamen Politik formierten und die Ortsvorsteher der besonders bedrohten Ortsteile mit einer Resolution "Mensch und Natur schützen: Keine weiteren Windräder!" an den Rat appellierten. In ihrer Resolution sprechen sie von Einzelinteressen die gegen das Gemeinwohl abzuwägen sind. Das Interesse der Firma REA ist verständlich, sie verdient an der Projektierung, sie macht Reklame, sie rechnet Erträge schön. Das Interesse einzelner Grundbesitzer ist auch verständlich, sie erhoffen sich Zusatzeinnahmen.

Wer aber sonst noch vertritt hier seine eigenen Interessen und stellt sie über das Gemeinwohl?

Was wir nicht allein ändern können

- Häufig stimmen schlecht vorbereitete Ratsmitglieder gegen vernünftig begründete Anträge, weil sie von der "falschen" Fraktion kommen.
Wenn das nicht so wäre, gäbe es z.B. DSL in Wollersheim (als wir das wollten, waren noch Konjunkturpaket-Mittel verfügbar) oder bürgerfreundliche Öffnungszeiten der Verwaltung.
- Wir sind dankbar, für jeden, der sich künftig in einer der Parteien engagiert, um die oft unsinnigen und kindischen Verhaltensmuster zu beenden und die Fraktionen zu einer sachlichen Ratsarbeit zu bewegen.

Menschen für Nideggen
www.menschen-für-nideggen.de

1. Vorsitzender: Heinrich Esser, Kleine Königstr. 57, 52385 Nideggen